

An die Deutschschweizer
Medien

Bern, 10. Juli 1990

Sehr geehrte Damen und Herren

Das Aktionskomitee gegen die beiden Atominitiativen bekämpft die beiden Volksbegehren, weil es überzeugt ist, dass die Bevölkerung der Schweiz ohne Atomstrom in ernsthafte Schwierigkeiten gedrängt würde.

Engpässe in der Energieversorgung wären unvermeidlich. Das würde sich negativ auf die schweizerische Volkswirtschaft auswirken. Ein nicht-nukleares Elektrizitätsangebot - etwa durch fossilthermische Kraftwerke oder durch die Erweiterung der Wasserkraftnutzung - würde schwerwiegende Konflikte zu den Zielen der Luftreinhaltung oder des Landschaftschutzes auslösen.

Wir bitten Sie deshalb, uns in unserem Abstimmungskampf zu unterstützen. Zu Ihrer freien Verwendung stellen wir Ihnen heute folgende Beiträge zur Verfügung:

1. Karikatur

2. Keine glaubwürdige Energiepolitik ohne Kernenergie

Von SVP-Parteipräsident Ständerat Hans Uhlmann, Bonau (TG)

3. Öffnung im Osten erhöht kontinentalen Strombedarf

Von Ulrich Müller

4. Erpresst wird, wer erpressbar ist

Von Matthias Stadelmann

5. Überforderte Bürger?

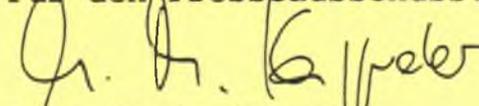
Von Anna-Marie Kappeler, Pressechefin FDP

6. Strom-Funken

Wir hoffen, dass Ihnen unsere Artikel und die Karikatur von Nutzen sein werden und

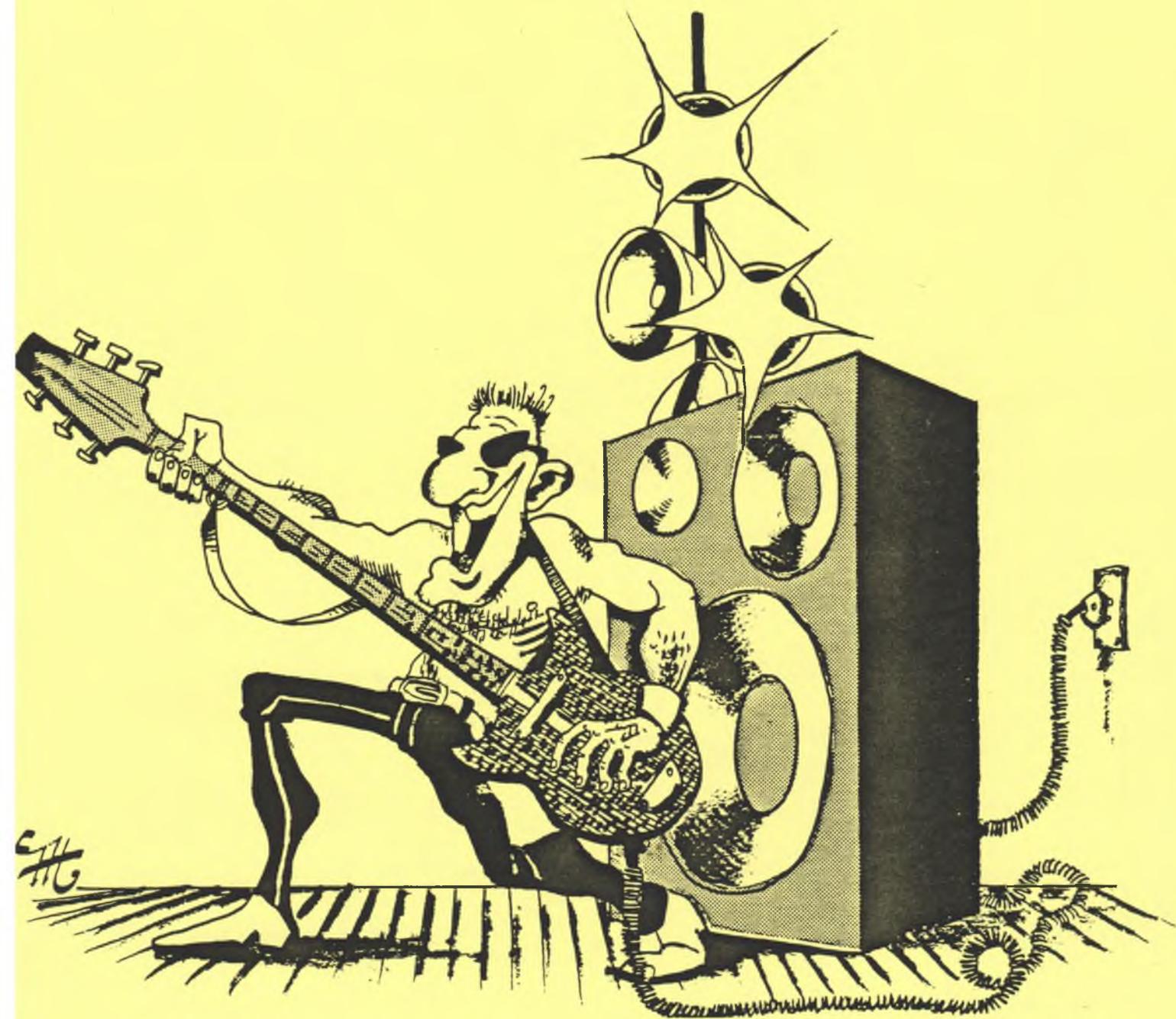
grüssen Sie freundlich

Für den Presseausschuss:



Anna-Marie Kappeler

Beilage erwähnt



«UND JETZT MEIN LIEBLINGSSONG:
'KERNENERGIE - NEIN DANKE!」»

Keine glaubwürdige Energiepolitik ohne Kernenergie!

Von Ständerat Hans Uhlmann (SVP/TG), Präsident der SVP Schweiz

Das Wochenende vom 22./23. September kann als "Energiewochenende" bezeichnet werden: Volk und Stände werden an der Urne sowohl über einen Energieartikel in der Verfassung wie über die beiden Atominitiativen zu entscheiden haben. Es geht um Glaubwürdigkeit in doppeltem Sinne: auf der einen Seite trägt ein Ja zum Energieartikel der hervorragenden Bedeutung der Energie Rechnung. Auf der anderen Seite ist eine offene und flexible Energiepolitik ohne Festhalten an der Kernenergie - sprich zwei Nein zu den Initiativen - nicht denkbar.

Energie ist ein Politikum

Wer sich die Rolle des Faktors Energie in der Wirtschaft, im Gewerbe, am Arbeitsplatz und in den eigenen vier Wänden bewusst macht, muss Energie als ein Politikum sehen: sie ist derart wichtig, dass die Versorgung gesichert, die Verwendung sparsam und die Nutzung umweltgerecht sein müssen. Genau dies sind die Ziele der Energiepolitik des Bundesrates, die Mittel dazu sollen im Energieartikel geschaffen werden; einem Verfassungsartikel allerdings, der in weiser Voraussicht auf eine rigorose Intervention des Bundes verzichtet und die Zusammenarbeit mit den Kantonen festlegt. Mit der zu unrecht häufig belächelten Sparkampagne "Bravo" versucht Bundesrat Adolf Ogi das Bewusstsein für das Thema Energie zu wecken. Denn ohne Verständnis von Bürgerinnen und Bürgern läuft sich die beste Politik tot.

Keine Wege verbarrikadieren

Die Energieversorgung unseres Landes ist breitgefächert: Erdöl und Elektrizität sind die Hauptträger; Holz, Kohle, Gas und sogenannte alternative Energien wie Sonne und Wind runden das Bild ab. Die Moratoriums- und die Ausstiegsinitiative haben sich beide - mehr oder weniger direkt - zum Ziel gesetzt, die Kernenergie aus dem Bild herauszuradiieren. Gerade diese in der Verfassung aufgerichteten Barrikaden auf einem der möglichen Wege in die Zukunft sind nicht akzeptierbar. Sie legen dort Fesseln an, wo es möglichst grossen Spielraum braucht.

Tiefer Schnitt ins eigene Fleisch

Der Verzicht auf die Kernenergie wäre ein sehr tiefer Schnitt ins eigene Fleisch. Drei Punkte verdienen besondere Beachtung:

Die Versorgung. Uebers Ganze gesehen liefern die Kernkraftwerke heute rund 40 Prozent des Stroms. Nimmt man die Sache noch etwas genauer unter die Lupe, sieht es noch dramatischer aus: im Versorgungsgebiet der Nordostschweizerischen Kraftwerke (NOK) etwa liegt der Anteil bereits bei 66 Prozent, also zwei Dritteln. Im Winterhalbjahr 1989/1990 schnellte dieser Anteil bei der NOK gar auf rund drei Viertel hinauf. Es handelt sich also um Grössen, die innert nützlicher Frist nicht zu ersetzen sind. Der Ausstieg hätte eine Versorgungskrise zur Folge.

Treibhauseffekt. Die einzige Alternative zur Kernenergie, die rasch einsetzbar wäre, ist Erdöl. Doch ein weiterer Mehrverbrauch - es ginge in diesem Fall nicht um Stellen hinter dem Komma - würde die Belastung der Luft zwingend ansteigen lassen. Die bereits bekannten Umweltprobleme würden verschärft, die Gefahr des Treibhauseffektes bzw. der Klimakatastrophe erhöht. Es ist deshalb kein Wunder, dass Grüne in Osteuropa oder bisher skeptische Wissenschaftler in den USA aus umweltpolitischen Gründen und zum Leidwesen hiesiger Kernenergiegegner auf die Kernenergie setzen.

Visionen der Zukunft. Die Elektrizität - 40 Prozent sind heute Kernenergie - wird in Zukunft weiter an Bedeutung gewinnen. Sie ist nicht nur eine ideale Produktionsenergie, sondern die Triebkraft der Informatik- und Kommunikationsgesellschaft von morgen. Triebkraft wird sie aber auch sein für den entschiedenen Ausbau des öffentlichen Verkehrs mit den Projekten Bahn 2000 und NEAT - die SBB kann nicht nur auf den Atomstrom aus Frankreich zählen! Dennoch oder gerade deswegen heisst die Losung für die Zukunft ganz sicher sparsame Nutzung der Energie. Und ebenso sicher sind die alternativen und regenerierbaren Energien zu fördern: dies gilt für Sonne und Windenergie, aber auch für nachwachsende Rohstoffe wie Raps, die auch für die schweizerische Landwirtschaft noch eine Rolle spielen könnten. Der Energieartikel hat hier seine Funktion zu erfüllen. Die Kernenergie ist vor diesem Hintergrund kein Heiligtum, doch ohne sie ist eine glaubwürdige Energiepolitik und eine ausreichende Versorgung in Zukunft nicht möglich.

Oeffnung im Osten erhöht kontinentalen Strombedarf

Täglich kommen neue Berichte und Bilder von den unfassbaren Zuständen in Osteuropa. Auch im Bereich Stromerzeugung ist jetzt westliche Hilfe dringend erforderlich. Ueber die BR Deutschland fliesst bereits Strom in östlicher Richtung, aber auch die westliche Industrie ist engagiert. Falls diese Problematik nicht schnell gelöst werden kann, sind auch in der am westeuropäischen Verbundnetz angeschlossenen Schweiz Stromengpässe zu befürchten.

Durch die Oeffnung werden in den Ländern Osteuropas allmählich auch die katastrophalen energiewirtschaftlichen Verhältnisse sichtbar. Im osteuropäischen Verbundnetz des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) klaffen jetzt schon grosse Versorgungslücken in der Stromversorgung. Neueste Augenscheine auf die bestehenden Anlagen der sechs Länder im RGW-Verbund (UdSSR-Süd, DDR, Bulgarien, Ungarn, Tschechoslowakei und Rumänien) zeigen jedoch auch ein alarmierendes Bild der Umwelt infolge der vor allem auf Braunkohleverbrennung aufgebauten Stromwirtschaft. Nicht nur bei Anwendung westlicher Masstäbe müssten viele dieser Kraftwerke geschlossen werden. Grosse Teile der Bevölkerung Osteuropas leben heute in Gebieten, in denen der Grad der Umweltverschmutzung gesundheitsgefährdend ist. Man sieht, dass eine saubere Umwelt auch eine gesunde Wirtschaft braucht, die sich Umweltschutzanlagen leisten kann.

Umweltfreundliche Sanierung: ein Titanenwerk

Umweltschutzmassnahmen führen zwangsläufig zu einer weiteren Kürzung der Kraftwerksleistungen im RGW-Netz, das nach den letzten verfügbaren Daten eine installierte Kapazität von 170 000 MW hat. Um einen Zusammenbruch zu verhindern sind also dringend westliche Technologien aber auch

Stromnachschub aus dem Westen verlangt. Wenn man bedenkt, dass das westeuropäische Verbundnetz UCPTÉ, dem zwölf Länder (u.a. auch die Schweiz) angehören, mit einer Kapazität von 378 000 MW bereits gut ausgelastet ist, zeichnen sich kommende Engpässe klar ab.

Noch sind die Ausmasse der drastischen Sanierungsbedürftigkeit in der osteuropäischen Kraftwerkwirtschaft nicht zu überblicken. Fest steht, dass eine Mammutaufgabe in der Grössenordnung über 100 Mia. sFr. wartet. Allein in der DDR werden z.B. jährlich u.a. über 300 Millionen Tonnen minderwertige Braunkohle in veralteteten und rauchenden Anlagen verfeuert, mit Wirkungsgraden dreimal schlechter als im Westen üblich. So belastet die DDR mit 22 Tonnen Kohlendioxid je Einwohner die Luft doppelt so stark wie die BRD. Die Belastung der Schweizer Luft liegt bei rund 6 Tonnen CO₂ je Einwohner, dank einer nahezu schadstofffreien Stromerzeugung. Bei den Schwefeldioxid-Emissionen liegt der DDR-Bürger sogar zehnmal höher als der Bundesbürger.

In der Tschechoslowakei liegen die Emissionen oft über dem zehnfachen der im Westen erlaubten Werte, weshalb die CSFR auch auf Kernenergie setzt. Auch die z.T. schlecht überblickbare Situation in anderen Ländern des ehemaligen Ostblocks lässt kaum auf positive Ueberraschungen hoffen. Wegen Devisenmangels einer ruinösen Staatswirtschaft sind ganze Landstriche durch die jahrzehntelange ungefilterte Verbrennung schlechtesten Kohle völlig übersäuert. Noch ist es jedoch zu früh, aus einigen Horrorberichten allgemeine Schlüsse zu ziehen.

Westliche Hilfe dringend

Auf jeden Fall sind schnell die umweltgefährdeten Anlagen abzustellen und westliche Hilfe daher dringend erforderlich. Bereits sind zwischen der BRD und der DDR erste Verträge für ein gesamtdeutsches Stromnetz unterzeichnet. Dieses soll Anfang 1993 Realität werden gemäss Angaben der Bayernwerk

AG. Notwendig dazu sind drei von West nach Ost führende neue Höchstspannungsleitungen von je 380 KV. Eine der drei Leitungen ist bereits durch die PreussenElektra AG im Bau zwischen Helmstedt und Berlin und wird bis Magdeburg fortgesetzt. Eine zweite soll vom hessischen Bebra nach Erfurt ins Thüringer Land führen, und eine dritte soll zwischen dem bayrischen Kronach zum sächsischen Chemnitz entstehen. Weitere Einspeisungen nach Osten sind über Oesterreich möglich. Im Moment sind mit einigen elektrotechnischen Kunstgriffen Sonderlösungen verwirklicht worden. Es sind dies Netzauszonungen von Ost nach West oder Direktaufschaltungen einzelner westlicher Werke (z.B. das 320-MW-Kraftwerk Offleben) an das DDR-Netz. Denn ein Verbund würde wegen der zu grossen Frequenzschwankungen im RGW-Netz im Westen zu einem Chaos führen. Nach Wunsch der DDR sollen schon in diesem Jahr die westdeutschen Stromversorgungsunternehmen Bayernwerk AG, PreussenElektra AG und RWE die Mehrheiten der früheren DDR-Stromkombinate übernehmen.

Stromengpässe zu befürchten

Es ist in diesem Zusammenhang unschwer zu erkennen, dass das westeuropäische UCPTE-Verbundnetz, das auch der Schweiz bei Strommangel im Winter aushilft, in den nächsten Jahren zusätzlich belastet wird. In der BRD stieg der Strombezug allein im ersten Quartal 1990 um 2 %. Darum ist es für die Schweiz vom primärer Bedeutung die Strom-Selbstversorgung sicherzustellen. Einen Ausstieg aus der über 40 % des Stroms erzeugenden Kernenergie, wie dies in einer Volksinitiative gefordert wird, dürfte bei unseren europäischen Partnern bald mehr als nur ein Kopfschütteln verursachen. In Osteuropa jedenfalls will man gerade aus Gründen des Umweltschutzes in der eigentlichen Aufbauphase stark auf Kernenergie mit westlicher Technologie setzen.

Ulrich Müller

Erpresst wird nur, wer erpressbar ist

Es ist eine alte Erkenntnis, dass nur erfolgversprechend erpresst werden kann, wer auch wirklich erpressbar ist. So hat zum Beispiel die harte Haltung der meisten westlichen Regierungen etwa bei Flugzeugentführungen dazu geführt, dass kaum mehr Maschinen ihrer Fluggesellschaften in die Gewalt von Entführern gebracht werden.

Wer von irgendwem oder irgendetwas abhängig ist, ist erfahrungsgemäss leicht erpressbar. Anschauungsunterricht ist beispielsweise täglich bei allen einschlägigen Drogenumschlagplätzen zu geniessen, wo Menschen zu fast allem gebracht werden können, wenn ihre Abhängigkeit geschickt ausgenützt wird. Die Dealer - oder Erpresser - brauchen bloss abzukassieren.

Auch wer von ausländischer Energie abhängig ist, ist leicht erpressbar. Der Dreh der Oelproduzenten am Oelhahnen von 1972 hat insbesondere auch aufgezeigt, dass die westlichen Industrienationen, zu denen auch die Schweiz zu zählen ist, in Energiefragen erpressbar sind. Zwar haben die aus diesem damaligen Erpressungsversuch gezogenen Schlüsse und Anstrengungen dazu geführt, dass die Auslandabhängigkeit der Schweiz in Energiefragen kleiner geworden ist. Leider ist aber immer noch nicht allen klar geworden, dass dies schnell wieder ändern kann.

Am Wochenende vom 23. September stimmt das Schweizervolk über zwei Anti-Atominitiativen ab. Die Schweiz soll aus der Kernenergie-Technologie aussteigen. Angesichts dessen, dass heute mehr als 40 Prozent unserer Elektrizität in Kernkraftwerken produziert wird, ist zu befürchten, dass eine Annahme dieser Initiativen die Auslandabhängigkeit der Schweiz im Energiebereich beträchtlich erhöhen würde. Schon heute muss die Schweizer Elektrizitätswirtschaft zeitweise grössere Strommengen im Ausland einkaufen. Da sich die gleichen Kreise, die aus der Kernenergie aussteigen möchten, auch gegen den Ausbau der Wasserkraft wehren, Stichworte Kraftwerk Wynau oder Grimsel Ost, wird mehr Energie denn je im Ausland eingekauft werden müssen.

Mit diesen vermehrten Stromkäufen im Ausland wird die Schweiz aber wieder erpressbar. Nicht nur, dass sie die geforderten Preise zu zahlen haben wird, sie kann auch keinen Einfluss mehr nehmen auf die Produktionsmittel. Und Schweizer Kernenergie mit ausländischer Kernenergie oder Energie aus ausländischen Oel- und Kohlekraftwerken zu ersetzen, ist erwiesenermassen witzlos und kann kaum das Ziel einer glaubwürdigen Energie- und Umweltpolitik aus Schweizer Sicht sein.

Wer die Entwicklung im Baltikum mitverfolgt hat, der weiss, welche Konsequenzen die Abhängigkeit von ausländischen Energielieferanten haben können. So hat Moskaus Energieboykott dazu geführt, dass Litauen seine Unabhängigkeit für zunächst 100 Tage ausgesetzt hat. Die Stilllegung der gesamten litauischen Industrie durch die Nichtbelieferung mit Energie war ein "gutes" Argument. Ein Argument auch, das uns Schweizern deutlicher Fingerzeig sein sollte. Denn mit der Annahme der beiden Atominitiativen würde zwangsläufig auch die Schweiz in Energiefragen erpressbar.

Offenbar gibt es in der Schweiz jedoch Kreise, die dieses Risiko in Kauf nehmen. Einigen selbsternannten Rettern der Heimat ist die Durchsetzung ihrer Ideologie wichtiger als das Wohl der Bevölkerung, für die sie sich angeblich so selbstlos einsetzen. Irgendjemand wird dann die Zeche schon bezahlen, wenn es doch zum Schlimmsten kommen sollte. Siehe Litauen.

Matthias Stadelmann

Überforderte Bürger?

Diskussion über die Ausstiegs- und Moratoriumsinitiative schwierig

Von Anna-Marie Kappeler, Pressechefin FDP

Stärker als bei anderen politischen Themen scheint es sich bei der Frage: Atomstrom ja oder nein? um eine reine Glaubensfrage zu handeln. Die einen haben Angst, wenn sie das Wort Atom hören. Den anderen erscheint auch die Kernkraft als faszinierende menschliche Errungenschaft, und sie erachten die quantifizierbaren Risiken als tragbar. Die Gefahr besteht, dass damit das Thema der sachlichen Diskussion entzogen wird.

Streit der Experten

Noch mehr als bei anderen Themen scheint beim Thema Atomstrom der Bürger, die Bürgerin überfordert zu sein. Als Laie ist man, was die Sicherheit von Kernkraftwerken betrifft, auf das Urteil von Fachleuten angewiesen. Das Verflixte ist nur, dass es Fachleute hüben und drüben gibt. Allerdings kann festgestellt werden, dass sich unabhängige Experten nicht grundsätzlich gegen Kernkraftwerke stellen. Solche dagegen, die gegen Atomstrom argumentieren, aber meist auch parteipolitisch definiert sind.

Angesichts der Tragweite, die den Abstimmungsergebnissen über die Moratoriums- und Ausstiegsinitiativen zukommt, muss die sachliche Diskussion doch gesucht werden. Hier zeigt sich denn, dass die Argumente gegen die Initiativen stärker wiegen, es zeigt sich, dass die Initianten manipulativ vorgehen. Einige Beispiele können das belegen.

Manipulation

Zum Beispiel Risiko: Die Möglichkeit, dass dem Einzelnen durch Kernenergie etwas zustösst, ist weit geringer als das Risiko, das er beim Autofahren eingeht. Die Initianten operieren aber mit diesem Argument, weil von den meisten Menschen die Folgen eines allenfalls möglichen einzelnen Unfalls mit tausend Betroffenen als viel schwerer beurteilt werden als die Folgen von tausend tatsächlichen Unfällen mit je einem einzigen Opfer.

Zum Beispiel Stromkonsum: Dieser steigt jährlich um rund zwei Prozent an. Bereits heute sind vierzig Prozent dieses Stroms Atomstrom. Woher diese vierzig Prozent bei einer Annahme der Initiativen bezogen werden sollen, davon sprechen die Initianten nicht. Sparen allein könnte einen solchen Einschnitt nicht auffangen. Die Folge wären also Stromengpässe und schwerwiegende Einschränkungen, die den Einzelnen ganz persönlich hart treffen würden.

Zum Beispiel Auslandabhängigkeit: Eine grössere Auslandabhängigkeit wäre die Folge, wenn in der Schweiz der Atomstrom abgestellt würde. Auch davon sprechen die Initianten nicht. Sie müssten dann nämlich zur Kenntnis nehmen, dass unsere Stromversorgung bei einem Erfolg ihrer Initiativen nur noch dank Bezugsrechten aus ausländischen Kernkraftwerken gesichert wäre (wie dies schon heute im Winter der Fall ist).

Zum Beispiel Umweltschutz: Die Initianten verstehen sich als Grüne. In Wirklichkeit aber würden ihre Initiativen der Umwelt

grossen Schaden zufügen. Andere Grüne im Ausland sind hier schon weiter, sie haben erkannt, dass Kernkraft- und Wasserkraftwerke kein Kohlendioxid (CO₂) und keinen sauren Regen produzieren. Sie stellen sich daher nicht mehr grundsätzlich gegen die Atomenergie.

Zum Beispiel Entsorgungsproblem: Obwohl technisch machbar ist in der Schweiz die Entsorgung radioaktiver Abfälle aus politischen Gründen nicht gelöst. Die Politik beherrscht das Thema so sehr, dass technische Lösungen bei vielen von vornherein als unglaubwürdig empfunden und daher gar nicht wahrgenommen werden. Eine Lösung bleibt aber weiterhin notwendig. So müssen beispielsweise auch radioaktive Abfälle aus Spitälern in der Schweiz entsorgt werden können. Obwohl die Initianten auch mit dem angeblich ungelösten Entsorgungsproblem argumentieren, leisten die beiden Anti-Atom-initiativen zur Lösung dieses Problems aber auch gar keinen Beitrag.

Zweimal Nein

In der Diskussion zeigen sich solche Widersprüche und Manipulationen deutlich. Es ist auch in diesem Abstimmungskampf zu hoffen, dass es den Kernenergiegegnern nicht gelingen wird, mit ihren Ängste suggerierenden Schlagworten durchzudringen. Strom aus Kernkraftwerken ist im Gegenteil eine sichere und saubere Energieversorgung. Weltweit brauchen wir ihn Tag für Tag. Sowohl Moratoriums- als auch Ausstiegsinitiative müssen daher verworfen werden.

Strom-Funken

* Mein Nachbar hat sich vom Gärtner im letzten Frühling ein Biotop in den Garten bauen lassen. Schön naturnah, mit Schilf, Wasser, Fröschen und vielen, vielen Mücken. Was seinen Junior denn auch dermassen fasziniert hat, dass er auf Erkundungsreise ging und beinahe ertrank. Nun stellte sich für den besorgten Vater die Frage: "Wie weiter?" Möglichkeit 1 wäre das Zuschütten des Biotopes gewesen. Angesichts der Nützlichkeit (und der schon beglichenen Rechnung) wurde diese fallengelassen. Möglichkeit 2: Der Junior wird an schönen Tagen zur Grossmutter abgeschoben oder sonstwie vom Garten ferngehalten. Was sich wegen heftiger Proteste der betroffenen Mütter und Grossmütter auch nicht realisieren liess. Deshalb hat sich mein Nachbar für Möglichkeit 3, das Moratorium, entschieden: Während 10 Jahren bleibt alles beim Alten, dann will er sich die Sache nochmals überlegen. Was das alles mit den Atominitiativen zu tun hat? Nichts...

* Mit recht eigenartigen Argumenten ziehen die einschlägigen kirchlichen Kreise (Institut für Sozialethik, Justitia et Pax, Arbeitsgemeinschaft für Kirche und Umwelt) in den Kreuzzug gegen die Kernenergie. Mit Behauptungen, die schon an grobe Lügen grenzen (wo bleibt die Anwendung des achten Gebotes?) wollen sie den Gläubigen die beiden Atominitiativen schmackhaft machen. Zur Rolle der Kirche in Fragen der weltweiten Bevölkerungsexplosion und den daraus resultierenden immensen Energieproblemen schweigen sie wohlweislich. Wirklich alles göttliche Eingebung?

* Einen Tanz auf mehreren Hochzeiten wagt derzeit die Schweizerische Gesellschaft für Umweltschutz SGU. Einerseits unterstützt sie die beiden Atominitiativen, die einen Ausstieg der Schweiz aus der Kernenergie-Technologie zum Ziel haben, andererseits verlangt sie lautstark Massnahmen, um den Ausstoss an Kohlendioxid zu halbieren. Laut SGU lässt sich beides problemlos realisieren. Wenauch zugegeben wird, dass "gleichwohl grosse gesellschaftliche und politische Anstrengungen" gefordert sind. Klug gesprochen, wenn man die Erfolge der Energiesparpolitik der letzten Jahre untersucht...

* "I can get no satisfaction!" - ich erlange keine Befriedigung - rührte Rolling Stone Mick Jagger auch in der Schweiz vor ausverkauftem Haus. Er muss damit allen Anhängern der Anti-Atominitiativen, die sein Konzert mitverfolgt haben, aus tiefster Seele gesprochen haben. Immerhin verbrauchten die Stones für ihr einziges Schweizer Konzert eine Strommenge, die dem 24-Stunden-Stromverbrauch einer mittelgrossen Schweizer Stadt - in diese Kategorie fallen etwa Chur, Freiburg, Neuenburg, Vernier, Köniz, Lugano, Schaffhausen, Uster und die beiden Berner Gemeinden Burgdorf und Langenthal zusammen - entspricht. Inklusive Handel, öffentlichem Verkehr, Industrie, Strassenbeleuchtung etc. Wer für die Anti-Atominitiativen eintritt und dies mit dem Argument "Stromsparen macht KKW's überflüssig" begründet, gleichzeitig an ein solches Stromfress-Spektakel fährt, muss trotz guten Stones ein reichlich schlechtes Gewissen haben - und "no satisfaction" finden können.

* Einmal mehr demonstrierte der Zürcher Gemeinderat letzte Woche, was er unter Energiepolitik - oder sollte man besser sagen Anti-Energiepolitik - versteht. Er lehnte den Bau eines neuen Unterwerkes für die Versorgung der Stadtkreise 1 und 4 ab. Ohne stichhaltige Gründe zwar, aber dafür mit einer eher verquerten Ansicht: Die rot-grüne Mehrheit des Zürcher Gemeinderates befürchtet, dass die Ersetzung des alten Unterwerkes Selnau durch ein neues, rationeller und mit weniger Uebertragungsverlusten arbeitendes Unterwerk den Stromverbrauch ankurbeln könnte... Somit werden die Städtzürcher Stimmbürger Gelegenheit erhalten, ihre Ansicht von Energiepolitik in einer Gemeindeabstimmung darzulegen. Hoffentlich logischer.

D. Kurz-Schluss